

Neues Konzept zur Wiedervereinigung? Jüngste Veränderungen in der taiwanesischen Chinapolitik

Gunter Schubert

Spätestens seit dem 2. Dezember 1990, dem Tag der ersten gesamtdeutschen Wahlen seit 1932, ist ein historisches Beispiel für die gewaltlose (Wieder-)Vereinigung geteilter Staaten gegeben. Das "deutsche Modell" wird seitdem sowohl in der VR China als auch in Taiwan heftig diskutiert und hat der Vision eines geeinten Chinas neuen Auftrieb gegeben. Besonders auf Taiwan sind seit dem letzten Jahr neue Initiativen erkennbar, mit denen Bewegung in die erstarrten Fronten gebracht werden soll. Der vorliegende Aufsatz kennzeichnet zunächst in einem kurzen Überblick die Konzepte für eine friedliche Wiedervereinigung beider Staaten seit der Öffnung der VR China 1978. Danach werden die veränderten politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aufgezeigt, die Taipei zu einer Neuorientierung seiner Chinapolitik veranlaßt haben. Einer Darstellung der konzeptionellen und institutionellen Veränderungen seit dem letzten Jahr sowie der Reaktionen Pekings darauf schließt sich die Frage an: Handelt es sich wirklich um ein qualitativ neues Konzept? Abschließend bemüht sich der Verfasser um eine Einschätzung der Perspektiven eines geeinten Chinas in kurz-, mittel- und langfristiger Sicht.

"Ein Land - zwei Systeme" - Pekings unveränderte Formel

Der Begriff "ein Land - zwei Systeme" (*yiguo liangzhi*) und das mit ihm in Verbindung zu bringende Wiedervereinigungskonzept stand im Mittelpunkt der Verhandlungen zwischen der VR China und Großbritannien über die Zukunft Hongkongs. In der gemeinsamen Erklärung beider Länder vom September 1984 wurde die Formel explizit erwähnt, um die Bedingungen der Rückgabe der Kronkolonie zu spezifizieren. Ihre Inhalte gehen allerdings - als "Kind" der chinesischen Öffnungspolitik - auf das Jahr 1979 zurück.¹ 1983 hatte Deng Xiaoping in einem Interview mit dem amerikanischen Professor taiwanesischer Herkunft, Yang Li-yu, das Konzept konkretisiert und weitergehende Zugeständnisse gemacht.² Bis heute hält Peking an der Formel "Ein Land-zwei Systeme" fest, die in Hongkong (1997) und Macao (1999) umgesetzt wird und auch auf Taiwan Anwendung finden soll. Demnach stellt sich Peking ein wiedervereinigtes China folgendermaßen vor:

- Peking entsendet keine Truppen und Regierungsbeamte auf die Insel. Taiwan behält seine Armee und kann weiterhin Waffen erwerben - allerdings in einem Maße, das die Sicherheit der VR China nicht gefährdet.
- Taiwan behält sein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, seine Parteien sowie seine sonstigen besonderen politischen, militärischen und Arbeiterorganisationen. Deng sprach dabei in dem Interview von einer Periode von mindestens einhundert Jahren, während der die KP Chinas eine solche Situation nicht verändern würde. Freilich wurden Hongkong nur noch fünfzig Jahre der Aufrechterhaltung seines kapitalistischen Wirtschaftssystems zugesichert.

- Taiwan behält eine eigene Legislative und verwaltet sein Territorium mit selbst beschlossenen Gesetzen, die allerdings nicht gegen die gesamtchinesische Verfassung verstoßen dürfen.
- Taiwan behält eine eigene Rechtsgewalt mit eigenen Gerichten. Die Gesetze der VR China gelten somit nicht auf taiwanesischem Territorium, und die Organe der VR China können die Beschlüsse der obersten taiwanesischen Gerichtshöfe nicht aufheben.
- Taiwan kann besondere auswärtige Wirtschafts- und Kulturbeziehungen unterhalten und seinen Bürgern besondere Pässe verleihen. Ausländern können spezielle taiwanesishe Visa ausgestellt werden.
- Taiwan kann eine eigene Flagge haben und die Bezeichnung "China-Taiwan" (*Zhongguo Taiwan*) tragen.

Die Insel erhält den Status einer "politischen Sonderverwaltungszone" (*zhengzhi de tebie xingzheng qu*) und genießt damit mehr Rechte und Privilegien als die Sonderverwaltungszone in den chinesischen Küstengebieten. Allerdings erhält Peking die volle Souveränität in der auswärtigen Vertretung Gesamtchinas und bestimmt die Verteidigungspolitik. Auch hat Peking keinen Zweifel daran gelassen, daß Taiwan eine chinesische Provinz ist und daß seine Regierung nur einen lokalen Status besitzt. Insofern wurde die taiwanesishe Regierung heftig attackiert, als sie im letzten Jahr Verhandlungen auf Regierungsebene vorschlug. Peking ist allenfalls zu solchen Kontakten auf Parteiebene bereit, was in Taiwan jedoch schon allein aus innenpolitischen Gründen nicht realisierbar ist. Die regierende Kuomintang (KMT) muß sich dann sofort mit dem Vorwurf auseinandersetzen, den "Ausverkauf" der Insel zu betreiben.

Taipeis Antwort - von den "drei Neins" zu den "Nationalen Leitprinzipien"

Die Regierung in Taipei hat auf die Offerten Pekings zunächst ablehnend reagiert und im Prinzip an ihrer seit 1949 gültigen Blockade- oder Anti-Politik festgehalten. Deren Kurs wurde erst seit Ende der 80er Jahre schrittweise verändert. Unter dem Stichwort der "Drei-Nein"-Politik - keine Kontakte, keine Verhandlungen, keine Kompromisse - schottete sich die Insel vom Festland ab und vertrat weiterhin einen Alleinvertretungsanspruch, der zu einer weltweiten diplomatischen Isolation führte. In den Parteitage-resolutionen und unzähligen Regierungsdokumenten wiederholte sich die Forderung nach der Abschwörung Pekings vom Kommunismus und einer Vereinigung Chinas unter den "Drei Volksprinzipien" (*sanminzhuyi*) des Dr. Sun Yat-sen. In den letzten Jahren - besonders nach Pekings erfolgreichen Verhandlungen über die Rückgabe Hongkongs und Macaos - hat sich mit dieser starren Haltung der Konflikt mit der VR China zumindest atmosphärisch verschärft. Peking ließ keinen Zweifel daran, daß eine fortgesetzte Ablehnung seiner Kontaktbemühungen auf Dauer den Einsatz von Waffengewalt rechtfertigen könne.³ Grundlegend für die neuen Initiativen Taipeis war die in den 80er Jahren erkennbare innenpolitische Kräfteverschiebung mit dem Erstarren der politischen Opposition sowie verschiedener gesellschaftlicher Gruppen (Arbeiter, Mittelklasse, Studenten). Die Legitimität der bis dahin weitgehend autoritär und unangefochten regierenden KMT wurde brüchig und zwang die Partei spätestens 1987 zu einer innenpolitischen Liberalisierung, die auf das chinesisch-chinesische Verhältnis einen großen Einfluß gehabt hat. Die

KMT wurde durch ihre Reformmaßnahmen und den damit z.T. verbundenen weiteren innenpolitischen Veränderungen innerhalb kurzer Zeit einem größeren Druck ausgesetzt, in der chinesischen Frage eine Neubewertung vorzunehmen, als er in all den Jahren zuvor von Peking hatte erzeugt werden können. Insbesondere die innenpolitische Konfrontation zwischen der KMT und oppositionellen Kräften - hier vor allem mit der "Demokratischen Fortschrittspartei (DFP) -, neue Reisefreiheit, intensivere Handelsbeziehungen und ein Boom taiwanesischer Investitionen auf dem Festland haben als Katalysatoren dieser neuen Dynamik gewirkt.

1. Die KMT unter Legitimationsdruck

Unter anderem auf ihrem 12. Nationalkongreß 1981 verabschiedete die KMT eine bis heute gültige Resolution, nach der die friedliche Wiedervereinigung Chinas unter den Drei Volksprinzipien des Dr. Sun Yat-sen angestrebt werden soll. Obgleich die Regierungspartei schon wesentlich früher einen Einschnitt in ihrer Terminologie vorgenommen hatte - lange Zeit war von der (militärischen) "Befreiung" des Festlandes die Rede - hält sie weiterhin ihren Anspruch aufrecht, eine gesamtchinesische Partei zu sein.

Seit der 1986 eingeleiteten innenpolitischen Liberalisierung - in diesem Jahr wurde die Teilnahme der illegal gegründeten DFP an den Nationalwahlen toleriert - ist die Regierungspartei aber zunehmend unter Druck geraten. Die DFP - mittlerweile die wichtigste Oppositionspartei auf Taiwan - hat mit wachsendem Erfolg auf die Illegitimität einer Partei und der von ihr kontrollierten Regierung verwiesen, die de facto kein taiwanesisches Mandat besitzt. Die KMT selbst kam als festlandchinesische Revolutionspartei nach Taiwan und betrachtete die Insel lediglich als Brückenkopf für die anstehende Rückeroberung des Festlandes. Zur Zeit werden in der Nationalversammlung noch immer ca. 87%, im Legislativ Yuan ca. 62% und im Kontroll Yuan ca. 40% der Sitze von jenen erstmals auf dem Festland 1947/48 gewählten Abgeordneten eingenommen, die sich seitdem keiner Wiederwahl mehr stellen mußten.⁴ Die KMT rechtfertigte diese per Sonderdekret implementierte Politik stets mit ihrem Alleinvertretungsanspruch. Die alten Parlamentarier konnten nicht ersetzt werden, da die festlandchinesischen Provinzen - und auch die Äußere Mongolei - zur Zeit der Regierungsgewalt der "Republik China" entzogen sind. Zwar wird bereits seit 1969 eine wachsende Zahl einheimischer Politiker in die höchsten Gremien gewählt - sie ersetzen als sog. zusätzliche Abgeordnete die durch Tod oder Krankheit nicht mehr verfügbaren Altparlamentarier oder haben z.T. ein neues Mandat erhalten⁵ -, dennoch sind Nationalversammlung und Parlament Taiwans bislang noch keine wirklich demokratisch gewählten Organe.

Um dem wachsenden innenpolitischen Druck die Spitze zu nehmen, kündigte Präsident Lee Teng-hui bereits im vergangenen Jahr die Aufhebung der für das "Einfrieren" der Mandate verantwortlichen "Vorläufigen Bestimmungen während der Periode der kommunistischen Rebellion" (*dongyuan kanluan linshi tiaokuan*) zum Mai 1991 an. Zunächst von der Opposition als purer Propagandaeffekt diffamiert, wiederholte Lee diese Ankündigung in seiner Neujahrsansprache zum 1. Januar 1991. Verschiedene Gremien beschäftigen sich mit den daraus erwachsenden verfassungsrechtlichen Problemen, denn nach Ende der "Vorläufigen Bestimmungen" besitzen alle "Altparlamentarier" kein politisches Mandat mehr.⁶

Danach wird die KMT auf noch größeren politischen Widerstand stoßen, als das bisher der Fall ist. Politische Beobachter auf Taiwan gehen davon aus, daß die Opposition zukünftig in gesamt-nationalen Wahlen ihren seit den 70er Jahren relativ konstanten Stimmenanteil von ca. 30% mindestens halten wird. Den Löwenanteil der oppositionellen Sitze wird dabei die DFP gewinnen, deren zwei wichtigste Fraktionen der chinesischen Wiedervereinigung im einen Fall zögernd, im anderen eindeutig negativ gegenüberstehen.⁷ Zwar schreitet die Identifizierung der DFP mit der Forderung nach der taiwanesischen Unabhängigkeit in der Öffentlichkeit voran. Doch es ist noch nicht eindeutig zu erkennen, wie sich die Partei zu dieser Frage stellen wird, wenn die Verfassungsreformen verabschiedet und implementiert sind. In der Tat scheint die Forderung nach Unabhängigkeit auch in den Reihen der radikaleren "New Tide" (*xinchaoliu*)-Fraktion eher eine Mobilisierungsstrategie als eine konsistente politische Linie zu sein, die auch der Interventionsdrohung Pekings zu trotzen bereit wäre.

Dennoch: die KMT kann heute bereits absehen, daß in naher Zukunft eine ihrer wesentlichsten Legitimationsgrundlagen zur Disposition steht: der Anspruch, Gesamtchina zu repräsentieren und damit auch auf Taiwan eine führende Rolle zu spielen. Damit ist sicherlich nicht gesagt, daß die Demokratisierung Taiwans die KMT allein deshalb in die Defensive bringt, da sie auf einmal mit anderen Parteien auf nunmehr weithin gleichberechtigter Ebene konkurrieren muß. Auch die Tatsache, daß innerparteiliche Reformen (fortschreitende Taiwanisierung der obersten Partei- und Regierungsebene sowie Auflösung des Prinzips des demokratischen Zentralismus) und das durch Alter und Tod bedingte Ausscheiden der Chiang-Kai-shek-Generation die Partei ihres gesamtchinesischen Charakters berauben, ist hier von untergeordneter Bedeutung. Die KMT ist wegen ihrer wirtschaftspolitischen Erfolge, aber auch aufgrund einer stärkeren organisatorischen und finanziellen Verfassung allen anderen Parteien⁸ noch um Jahre voraus. Ihr Stimmenpolster von ca. 65-70% wird deshalb kurzfristig kaum größeren Schwankungen unterliegen. Aber die innenpolitische Dynamik fordert von der Regierungspartei Kreativität, auch in bezug auf die Vision eines geeinten Chinas. Es geht um die Meinungsführerschaft auf Taiwan. Das Schwinden einer jahrzehntelang mit autoritären Mitteln nach innen abgesicherten dominierenden Stellung im politischen System der Insel läßt das Verharren auf Anti-Positionen wie bisher nicht mehr zu.

Letztlich ist für alle politischen Akteure in einem noch nicht stabilen neuen politischen System auf Taiwan klar: Die Entwicklung wird von Peking aus kritisch und skeptisch verfolgt. Die Drohung steht im Raum, daß eine chaotische innenpolitische Lage und die taiwanische Unabhängigkeit unweigerlich zur militärischen Intervention führen. Beides gilt es für die KMT zu verhindern.

2. Mehr inoffizielle Kontakte zwischen den beiden Chinas

Im November 1987 liberalisierte die Regierung in Taipei jene Bestimmungen, die es Bürgern der "Republik China" bis dato faktisch unmöglich gemacht hatten, das chinesische Festland zu besuchen. Obgleich zunächst noch auf Verwandtenbesuche beschränkt, ist es - mit Ausnahme von höheren KMT-Funktionären und Regierungsbeamten - heute faktisch jedem möglich, ein Visum für die VR China zu erhalten. Seit April 1990 gilt dies übrigens auch für solche Bürger, die in ein politisches Amt gewählt worden sind. Die Zahlen belegen, daß immer mehr

Taiwanesen - via Hongkong, denn direkte Verkehrsverbindungen läßt Taipei nach wie vor nicht zu - auf das Festland reisen. Bis zum Juni 1990 sind es nach offiziellen Angaben rund 470.000 gewesen.

Seit November 1988 dürfen auch Bürger der VR China nach Taiwan einreisen. Die diesbezüglichen Bestimmungen, anfangs noch sehr restriktiv, sind in der Zwischenzeit immer weiter gelockert worden.⁹

Im September 1987 wurde die Herausgabe von Publikationen aus der VR China - generell aus den Bereichen Wissenschaft und Technik, Literatur und Kunst - erlaubt. Nicht erhältlich sind aber nach wie vor Tageszeitungen, Magazine und politische (kommunistische) Literatur aus dem Festland. Lediglich in einigen Forschungsinstituten gibt es solche Publikationen, die jedoch in den seltensten Fällen der Öffentlichkeit zugänglich sind. Insofern ist es zumindest so, daß die taiwanesischen Elite über den wissenschaftlichen und politischen Diskussionsstand in der VR China bestens informiert ist. Schließlich wurden im April 1988 direkte Telefonverbindungen eingerichtet.

3. Wirtschaftskontakte und Handelsbeziehungen

Die "Drei-Nein"-Politik erlaubt bis heute keine direkten Handelsbeziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße. Der chinesisch-chinesische Handel muß aus Gründen der Prinzipientreue über Drittländer abgewickelt werden, wobei Hongkong als der wichtigste Brückenkopf gilt. Seit Mitte der 80er Jahre ist das Handelsvolumen sprunghaft angestiegen, wobei der taiwanesischen Exportüberschuß noch schneller wächst - was von Peking anders als bei allen seinen anderen Handelspartnern ohne Verdruß akzeptiert wird; schließlich handelt es sich für die Offiziellen dort um einen rein innerchinesischen Handel. Nach Angaben des Außenhandelsamtes erreichte der Handel über Hongkong 1990 ein Volumen von 4,04 Milliarden US-Dollar (1988: 2,720 Milliarden; 1989: 3,480 Milliarden). Der taiwanesischen Handelsüberschuß beträgt mittlerweile rund 2,5 Milliarden Dollar.¹⁰ Wichtig war in diesem Zusammenhang die in den letzten drei Jahren von der taiwanesischen Regierung kontinuierlich betriebene Importliberalisierung, die die Einfuhr festlandchinesischer Exportprodukte rapide ansteigen ließ. Auch dürfen mittlerweile taiwanesischen Geschäftsleute zwecks "Marktforschung" auf das Festland reisen und sich an internationalen Handelsmessen beteiligen.

Diese Politik ist jedoch ambivalent und verdeutlicht das diplomatische Dilemma Taipeis. Um auch nicht den leisesten Anschein zu erwecken, die "Drei-Nein"-Politik sei nicht mehr gültig, ist lediglich indirekter Handel erlaubt. Probleme bereiten den Verantwortlichen in Taiwan insofern die ansteigenden, im Prinzip illegalen Direktinvestitionen der taiwanesischen Wirtschaft in der VR China¹¹ - eine Praxis, die aus verständlichen Gründen von Peking mit allen Mitteln gefördert wird. Hier geht es für Taipei aber auch um die Gefahr, bei einem ausufernden Engagement der mittelständischen Privatwirtschaft auf dem Festland irgendwann einmal politisch erpreßbar zu werden. Die ansteigenden Direktinvestitionen weisen nicht unbedingt auf einen wachsenden chinesischen Patriotismus hin, sondern verdeutlichen vielmehr ein strukturelles Problem der taiwanesischen Wirtschaft: Das steigende Lohnkostenniveau, aber auch die internationale Standardisierung der Fertigungsmethoden sowie veränderte Bedürfnisse der lokalen Konsumenten haben eine Vielzahl taiwanesischer Produkte

in die Wettbewerbsdefensive gebracht. Allein der riesige und kaum berührte festlandchinesische Markt bietet den traditionellen Exportschlagern Taiwans - vor allem Textilien und Plastikwaren sowie billigere Elektroartikel - noch einträgliche Profitmargen. Vor allem aber kann die taiwanische Wirtschaft ihre Lohnkostenbelastung beträchtlich reduzieren, indem sie ihre Produktion auf das chinesische Festland auslagert.

Die durch die Liberalisierungspolitik Taipeis angestiegenen Bevölkerungs- und Handelskontakte haben sich in Taiwan zu einem regelrechten "Festlandfieber" entwickelt, daß in der offiziellen Presse regelmäßig beklagt wird. Es scheint, daß die Regierung hier einen Stein ins Rollen gebracht hat, den sie kaum mehr aufhalten kann.

4. Veränderte Diktion und neue Gremien

Die 80er Jahre standen - was die Initiativen für eine chinesisch-chinesische Verständigung anbelangt - im Zeichen der VR China. Nach Tiananmen und der konservativen Kehrtwende Pekings könnten die nächsten Jahre von Taipei bestimmt werden. Mitentscheidend für die augenscheinliche Entschlossenheit der Regierung, Bewegung in die Diskussion zu bringen, ist - neben den oben angeführten Faktoren - als kurzfristiger Auslöser das deutsche Beispiel gewesen. Verhandlungen, die für den an langen Kategorien des Wartens und Verharrens orientierten Chinesen in atemberaubendem Tempo zu einem neuen deutschen Staat führten, haben auf Taiwan die Hoffnung genährt: Die chinesische Einheit muß keine Utopie bleiben. Seit der Inauguration Präsident Lee Teng-huis im Frühjahr des 1990 hat sich nicht nur die Diktion gegenüber der VR China und den Perspektiven für eine Wiedervereinigung geändert. Auch wurden Institutionen und Zuständigkeiten geschaffen, die die "Festlandpolitik" neu strukturieren sollen.

"Ein Land - zwei Regionen"

Am 31. Oktober 1990 erhob Premierminister Hau Po-ts'un in einer Rede im Parlament die Formel "Ein Land - zwei Regionen" (*yiguo liangqu*) zum Prinzip einer Politik, auf deren Basis Taiwan und die VR China als gleichberechtigte Partner über die Bedingungen der chinesischen Wiedervereinigung verhandeln sollten.¹² Es wurde in bewußter Abgrenzung vom Pekinger Konzept formuliert - das ja gerade von der Ungleichheit der beiden Teile Chinas ausgeht - und versucht einen Kompromiß zwischen den jeweiligen Maximalforderungen zu schließen. Nach wie vor hält Taipei daran fest, daß direkte Verhandlungen den folgenden Bedingungen unterliegen:

- Peking garantiert, Taiwan auf keinen Fall mit Waffengewalt dem "Mutterland" einzuverleiben;
- Peking sagt sich von seinen "vier Grundprinzipien" (*sixiang yuanze*)¹³ los;
- Peking beendet seine Politik der internationalen Isolation Taiwans und ermöglicht dem Inselstaat Zugang zu allen supranationalen Gremien sowie die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit allen Staaten der Völkergemeinschaft.¹⁴

In seiner Inaugurationsansprache am 20. Mai 1990 hatte Präsident Lee bereits vorher konkretisiert, daß Peking eine politische Demokratisierung und ökonomische Liberalisierung - im Sinne der Etablierung eines kapitalistischen Systems - verwirklichen muß, bevor an direkte Kontakte zwischen beiden Staaten zu denken ist.

Damit hat Taipei den Rahmen seiner neuen Initiativen abgesteckt, der zunächst kaum über die alten Formeln hinauszugehen scheint. Dennoch ist mit dem Konzept "Ein Land - zwei Regionen" etwas anderes gemeint:

1. Mit der Bezeichnung "Taiwan-Region" (*Taiwan diqu*) und "Festland-Region" (*Dalu diqu*) soll der gegenwärtige Konflikt entideologisiert werden. *Yiguo liangqu* beschreibt eine politische Realität, der beide Seiten zwar Rechnung tragen müssen, die sie aber nicht zur Verneinung ihres wichtigsten Prinzips, der "Ein-China"-Politik, zwingt.
2. Rechtliche Probleme, die aus den inoffiziellen Kontakten beider Seiten resultieren, können somit auf der Basis einer "Rechtskonflikttheorie" (*faliu chongtu lilun*) besser gelöst werden.¹⁵ In diesem Zusammenhang erkennt und wendet Taipei mittlerweile auch einige Gesetze aus der VR China an.

Daraus ergibt sich, daß Taipei praktische Initiativen ergreifen will, ohne dabei seinen politischen Anspruch als gesamtchinesische Regierung aufs Spiel zu setzen.

Neue Organisationen

Seit dem Herbst 1990 wurden insgesamt drei neue Gremien gegründet, die für die Politik gegenüber der VR China verantwortlich zeichnen: der "Rat für Nationale Wiedervereinigung" (*Guojia tongyi weiyuanhui*), die "Kommission des Exekutivyuans für Angelegenheiten Festlandchinas" (*Xingzhengyuan dalu weiyuanhui*) sowie die "Stiftung für den Austausch zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße" (*Haixia jiaoliu jijinhui*).¹⁷ Sie bilden das organisatorische Grundgerüst, mit dem die Regierung Taiwans ihre China-Politik diskutieren, formulieren und implementieren will.

a) Der "Rat für Nationale Wiedervereinigung (RNW)"

Dieses Gremium, offiziell am 1. Oktober 1990 ins Leben gerufen, untersteht dem Büro des Präsidenten und seinen drei Stellvertretern (dazu gehören der Vizepräsident und der Premierminister). Der Rat hat z.Z. 34 ernannte Mitglieder aus dem politischen Establishment Taiwans sowie eine Anzahl speziell vom Präsidenten berufener Wissenschaftler, Geschäftsleute oder anderer für würdig befundenen Vertreter der gesellschaftlichen Elite Taiwans.¹⁸ Er stellt zuvorderst ein Diskussionsgremium dar, in dem auf höchster politischer Ebene Fragen der taiwanesischen Chinapolitik und der Bedingungen einer Wiedervereinigung erörtert werden. Überdies besteht seine Aufgabe in der Formulierung von politischen Richtlinien, die von der Exekutive in konkrete Maßnahmen zur Normalisierung des chinesisch-chinesischen Verhältnisses umgesetzt werden sollen. Dies ist mit der Verabschiedung der sog. "Nationalen Leitprinzipien" (*guojia tongyi gangling*) am 23. Februar dieses Jahres mittlerweile geschehen¹⁹ (s.u.). In der Hierarchie der für die Politik gegenüber der VR China verantwortlichen Gre-

mien steht der RNW damit nominell an erster Stelle. Seine tatsächliche politische Macht muß aber sehr viel geringer veranschlagt werden, denn die Ratsmitglieder gehören zum überwiegenden Teil nicht dem politischen Machtzentrum an, welches die konkrete Politik gegenüber der VR China formuliert und implementiert. Auch hat er als Konsultations- und Diskussionsforum keine legalen Kompetenzen, und nicht wenige Beobachter der politischen Szene auf Taiwan räumen ihm allenfalls eine Symbolfunktion mit innenpolitischer Stoßrichtung ein. Nach dieser Auffassung soll der RNW die Zweifel jener Kritiker Lee Teng-huis zerstören, der auf Taiwan geborene Präsident betreibe die chinesische Wiedervereinigung nicht ernsthaft genug. Diese Skepsis hatte im Frühjahr 1990 beinahe zu einer politischen Krise geführt, als konservative Kreise die Wahl Lees zum Präsidenten zu sabotieren drohten.²⁰

b) Die "Kommission des Exekutivyuans für Angelegenheiten Festlandchinas (KEAF)"

Die KEAF wurde am 18. Oktober 1990 als Nachfolgeorganisation des sog. "Rates für Angelegenheiten Festlandchinas" ins Leben gerufen und untersteht direkt der taiwanesischen Regierung. Sie hat einen Vorsitzenden (der stellv. Ministerpräsident Shih Chih-yang) sowie drei Stellvertreter (deren wichtigster der frühere Sekretär des im Januar 1988 verstorbenen Präsidenten Chiang Ching-kuo und als politischer Aufsteiger geltende Ma Ying-jeou ist). 26 Kommissionsmitglieder und fünf Berater überwachen die Arbeit der insgesamt sieben Unterabteilungen.²¹ Die KEAF hat die Aufgabe, auf der Grundlage der vom RNW ausgegebenen Richtlinien konkrete Politikmaßnahmen im Kontext der "Ein-China"-Politik zu formulieren und zu implementieren. Im Gegensatz zum RNW tagt die Kommission regelmäßig und verfügt über einen erfahrenen und einflußreichen Beamtenapparat. Ohne Zweifel gehen von ihr die wichtigsten Impulse für die "Festlandpolitik" aus.

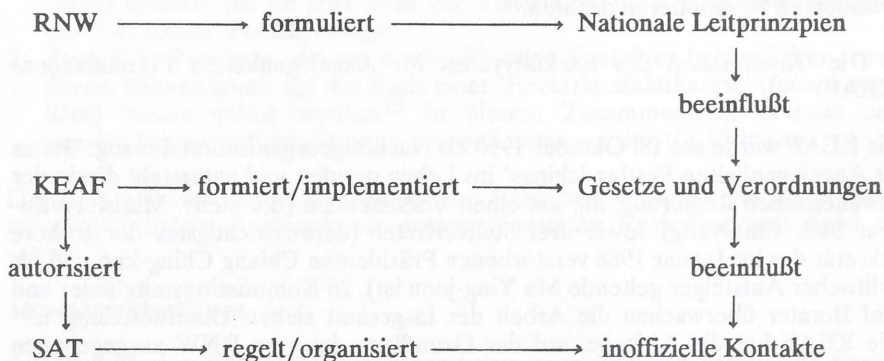
c) Die "Stiftung für den Austausch zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße (SAT)"

Die SAT wurde am 21. November 1990 als eine private Körperschaft gegründet (ihre Arbeit hat sie am 11. März aufgenommen), die sich ausschließlich mit technischen Angelegenheiten des chinesisch-chinesischen Verhältnisses befassen soll. Sie wird beaufsichtigt von der KEAF und untersteht damit - ungeachtet ihres nichtoffiziellen Status - faktisch der Regierung. Finanziell wird sie sowohl aus regierungsamtlichen als auch privaten Quellen unterstützt.

Erstaunlich ist die Ämterhäufung an der Spitze der SAT: Sechs Inspektoren beaufsichtigen die Arbeit des 42köpfigen Direktorenvorstandes mit einer Amtszeit von drei Jahren, aus dessen Reihen wiederum ein Ehrenvorsitzender (der frühere Premier Sun Yun-suan), ein Vorsitzender (Koo Chen-fu, Mitglied des Ständigen Ausschusses der KMT sowie Vorsitzender des Nationalen Industrie- und Handelsverbandes) sowie drei weitere, ebenfalls hochrangige, Stellvertreter hervorgehen.²² Ein Generalsekretär (Chen Charng-ven) leitet die Arbeit von sechs Unterabteilungen.²³ Deren wichtigste Aufgaben bestehen z.B. in der Bereitstellung von vielfältigem Dokumentationsmaterial über die VR China, Ausstellung von Zeugnissen und Urkunden, Behandlung von Ein- und Ausreiseange-

legenheiten sowie - allgemein - der Regelung und Lösung von rechtlichen und verwaltungstechnischen Problemen, die sich aus dem Kontakt der Bevölkerung sowie von Organisationen und Institutionen beider Seiten der Taiwan-Straße ergeben. Auch der Kulturaustausch soll gefördert werden. Dabei können sich die Bürger Taiwans direkt an die Stiftung wenden.²⁴

Mit der Gründung einer solchen Stiftung hat die Regierung in Taipei einen Ausweg aus dem Dilemma gesucht, einerseits die Kontakte zur VR China intensivieren zu wollen, andererseits aber keinesfalls den Eindruck zu erwecken, man habe das Prinzip der "Drei Nein" bereits verworfen. Mit anderen Worten: Ein Kanal der direkten Kontaktaufnahme ist geschaffen - aber das "Gesicht" ist gewahrt.



Die "Nationalen Leitprinzipien"²⁵

Mit Verabschiedung der "Nationalen Leitprinzipien" - sowie der späteren offiziellen Eröffnung der SAT am 9. März - hat Taipei mit dem oben skizzierten Modell zu arbeiten begonnen. Sie wurden am 20. Februar vom RNW verabschiedet und im folgenden sowohl vom Ständigen Ausschuß der KMT als auch vom Exekutiv Yuan, dem Kabinett, gebilligt. Demnach gilt es für die taiwanesischen Wiedervereinigungspolitik zukünftig zwischen einer kurz-, mittel- und langfristigen Strategie zu unterscheiden, die wie folgt zusammengefaßt werden sollen:

1. Kurzfristig: Austausch und gegenseitiger Nutzen (*jiaoliu huhui jieduan*)

Ein organisatorischer Rahmen und zwischenstaatliche Institutionen werden geschaffen, die die Rechte und Interessen der Bürger beider Seiten sichern. Restriktionen werden schrittweise abgebaut, um damit den Kontakt der Menschen zu intensivieren. "Festlandchina" muß die Modernisierung seines Wirtschaftssystems vorantreiben und Meinungsfreiheit herstellen, Demokratie und Rechtssicherheit müssen implementiert werden. Taiwan wird im Gegenzug seine Verfassungsreformen vorantreiben und den Aufbau einer prosperierenden Nation fördern. Unter dem "Ein-China"-Prinzip beenden beide Seiten ihre Feindseligkeiten und lösen alle Konflikte mit friedlichen Mitteln. Gegenseitiger Respekt in der internationalen Gemeinschaft wird gegenseitiges Vertrauen und Kooperation fördern.

2. Mittelfristig: gegenseitiges Vertrauen und Kooperation (*huxin hezuo jieduan*)

Direkte Kommunikations-, Transport-, und Handelskontakte werden ermöglicht, und beide Seiten betreiben gemeinsam die ökonomische Modernisierung der südöstlichen Küstenregion "Festlandchinas". Graduell wird diese Kooperation dann auf andere Gebiete der VR China ausgeweitet und damit der Unterschied des Lebensstandards beider Seiten nivelliert. Beide Seiten unterstützen sich gegenseitig in der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen sowie der Teilnahme an internationalen Aktivitäten. Gegenseitige Besuche hochrangiger Funktionäre und Politiker werden einen fruchtbaren Boden für Konsultationen und schließlich die Wiedervereinigung schaffen.

3. Langfristig: Konsultation und Wiedervereinigung (*xieshang tongyi jieduan*)

Es wird eine gemeinsame Organisation etabliert, in deren Rahmen beide Seiten die Bedingungen der Wiedervereinigung diskutieren. Grundlage für gemeinsame Konsultationen sind die Prinzipien Demokratie, ökonomische Freiheit, soziale Gerechtigkeit und die Nationalisierung der Streitkräfte. Beide Seiten arbeiten ein Verfassungssystem aus, um ein freies und gleichermaßen reiches China zu schaffen.

Einige Tage nach der Verabschiedung der Leitprinzipien meldete sich der Vizepräsident der KEAF, Ma Ying-jeou, zu Wort. Im Zusammenhang mit der Aufhebung der "Vorläufigen Bestimmungen" wiederholte er den Standpunkt der Regierung in etwas schärferer Tonart. Demnach lauten die fünf Prinzipien der Politik Taipeis gegenüber Peking unverändert wie folgt:

1. Aufrechterhaltung der "Ein-China-Politik".
2. Der Souveränität der "Republik China" untersteht das gesamte Territorium Chinas.
3. Die chinesische Wiedervereinigung wird nur mit demokratischen und friedlichen Mitteln hergestellt.
4. Der Kriegszustand mit Peking bleibt aufrechterhalten.
5. Keine offiziellen Kontakte mit den chinesischen Kommunisten.²⁶

Diese Stellungnahme ist vor allem deshalb von Bedeutung, weil sie die Position der Exekutive wiedergibt, in der viele "Hardliner" und innerparteiliche Gegner Lee Teng-huis das Wort führen. Dennoch weichen die fünf Prinzipien kaum von den "Nationalen Leitprinzipien" des RNW ab.

Anfang Februar hatte Präsidentensprecher Chiu Chin-i sogar spekuliert, daß im Falle einer positiven Reaktion Pekings auf das Taipeier Modell die "Drei-Nein"-Politik

durch eine Politik der "Drei Kommunikationen" (*santong*) ersetzt werden könnte (direkter Handel, direkte Postverbindungen, direkte Verkehrsverbindungen). Das würde die "Drei Nein"-Politik früher, als von den Leitprinzipien vorgesehen, außer Kraft setzen. Die Voraussetzungen sind auch hier: keine gewaltsame Intervention, Aufgabe der "vier Grundprinzipien", Demokratie und Freiheit auf dem Festland und keine weitere internationale Isolierung Taipeis.²⁷ Insofern kann man von einer (rhetorisch) einheitlichen Linie in der Chinapolitik Taipeis - ungeachtet der unterschiedlichen Gremien, die hier Verantwortung tragen -

sprechen. Es wird sich allerdings erst noch zeigen müssen, ob es "in der praktischen Anwendung" der Leitprinzipien dabei bleiben wird.

Pekings Reaktion - Prinzipientreue oder Annäherung?

Pekings Reaktion auf die Neuorientierung der taiwanesischen Chinapolitik ist ambivalent ausgefallen. Einerseits wurde und wird herausgestellt, daß unzumutbare Vorbedingungen für beiderseitige Verhandlungen aufgestellt werden. Die taiwanesische Presseberichterstattung zitiert seit Monaten die sich regelmäßig wiederholenden Einwände Pekings, die wie folgt zusammengefaßt werden können:

1. Taipei betreibe mit dem Beharren auf internationaler Anerkennung und Verhandlungen auf Regierungsebene eine "Zwei-China"-Politik, die von der *yiguo liangqu*-Formel lediglich verschleiert wird;
2. Die Forderung, die VR China müsse Demokratie und ökonomische Liberalisierung vorantreiben - also die Widerrufung der "vier Grundprinzipien" institutionalisieren -, stelle eine ernste Einmischung in die inneren Angelegenheiten Pekings dar.

Daraus erhellt einerseits, daß Peking die Grundpfeiler seiner eigenen Formel "Ein Land - zwei Systeme" nicht aufzugeben bereit ist: Taipei ist kein gleichberechtigter politischer Souverän, sondern eine Provinz. Der "Sozialismus chinesischer Prägung" wird den rein kapitalistischen Weg nicht einschlagen. Damit würde sich das jetzige Regime der eigenen Legitimität berauben. Insofern wurden auch die "Nationalen Leitprinzipien" einer heftigen Kritik unterzogen, da sie auf einem gleichen politischen Status der "beiden Chinas" aufbauen.²⁸

Andererseits haben die amtlichen Stellen in der VR China die Errichtung der o.g. Institutionen und die von ihnen definierten Aufgaben begrüßt.²⁹ In Taiwan erwartet man die baldige Etablierung einer Parallelorganisation zur SAT. Peking hat bereits die Einrichtung des Amtes eines Regierungssprechers für taiwanesischen Angelegenheiten (*dui Taiwan fayanren zhidu*) angekündigt. Dessen Aufgabe soll darin liegen, die taiwanesischen Behörden schnell und umfassend über alle offiziellen Meinungen und Reaktionen betreffend das chinesisch-chinesische Verhältnis zu unterrichten.³⁰ Eine Intensivierung der bilateralen Kontakte liegt klar im Interesse Pekings, nicht zuletzt mit Blick auf die finanzstarken taiwanesischen Investoren. Auch muß es die offenkundigen Bemühungen Taipeis honorieren, sich nicht länger auf eine "Anti-Position" in der Chinapolitik zurückzuziehen. Die immer wieder ausgesprochene Drohung, dies könne eine gewaltsame Lösung nach sich ziehen, ist von Taipei positiv beantwortet worden. Es werden aber weitergehende Schritte gefordert. Vor allen Dingen hat sich Peking auf zukünftige Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien festgelegt, während Taiwan auf bilateralen Gesprächen nur auf Regierungsebene besteht. Dieses Problem - in Verbindung mit den o.g. grundlegenden Einwänden - kennzeichnet Pekings derzeitige Position, die einen Kompromiß äußerst schwierig macht.

Besitzt Taipei ein neues Modell?

Es zeigt sich, daß Taipei an einem Modell zur chinesischen Wiedervereinigung arbeitet, daß einen gradualistischen und pragmatischen Charakter aufweist.

Präsidentenbüro und Exekutiv Yuan bemühen sich um eine Kompetenzabgrenzung zwischen den beiden derzeit wichtigsten politischen Lagern innerhalb der Regierung: Präsident Lee und seinen Anhängern (auf Taiwan spricht man vom sog. "mainstream" <zhuliu>) und den Kreisen um Ministerpräsident Hao Potts'un (dem sog. "anti-mainstream" <feizhuliu>). Das Bemühen ist erkennbar, die innenpolitische Machtkontroverse keinesfalls auf das Verhältnis zur Volksrepublik China überspringen zu lassen. Mit der SAT ist eine neue Organisation der direkten Kontaktaufnahme mit Peking geschaffen worden, ohne dabei die "Drei Nein"-Politik im Grundsatz aufzugeben. Damit hat Taipei in der Tat einen neuen institutionellen Rahmen der Kommunikation mit der VR China geschaffen.

Bei der konkreten Formulierung ihrer Chinapolitik zeigt sich jedoch, daß Taiwan keine inhaltliche Neudefinition vorgenommen hat. Die "Nationalen Leitprinzipien" haben an den alten Positionen Taipeis nicht viel geändert. Von der VR China wird verlangt, eine politische Demokratie und ein kapitalistisches Wirtschaftssystem zu etablieren. Zu diesem Zweck will sich Taipei auch direkt engagieren (Entwicklung der Küstenregionen), was der einheimischen Wirtschaft und ihren Wettbewerbsproblemen selbstverständlich sehr zugute käme. Die VR China soll Taiwan auf internationaler Ebene durch ihre "Hallstein-Doktrin" nicht länger isolieren und Taipei die volle diplomatische Anerkennung anderer Staaten ermöglichen. Dabei wird weiter entschieden an der "Ein-China"-Politik festgehalten. Atmosphärisch hat sich damit das Verhältnis zur VR China allerdings gebessert; denn Peking muß anerkennen, daß Taipei aktiv geworden ist und Wege einer besseren Kommunikation sucht. Insofern wäre es falsch, Taipeis Politik als "alten Hut" zu bezeichnen, wenn die Grundsatzpositionen auch dieselben geblieben sind und ein wirklich "qualitativer Sprung" in den bilateralen Beziehungen beider Staaten nicht zu verzeichnen ist.

Schlußfolgerungen - die chinesische Einheit in Sicht?

Die Politik Taiwans während der letzten Jahre hat die angespannte Lage in der Taiwanstraße bereits spürbar entschärft. Taipei setzt auf graduelle Annäherung und damit auf Zeit. Nicht wenige der "alten Garde" jedoch - das gilt unter veränderten Vorzeichen für die KPCh und die KMT gleichermaßen - wollen die Wiedervereinigung noch zu ihren Lebzeiten. Dadurch werden die neuen Initiativen einem politischen Druck ausgesetzt, der ihren Erfolg gefährden könnte. Allerdings wird die Generation des "Langen Marsches" und der Getreuen Chiang Kai-sheks bald endgültig die politische Bühne verlassen haben.

Insofern wird es auf Taiwan, wo bereits jetzt ein breiter Konsens für einen stufenweisen Vereinigungsprozeß vorhanden ist, keine größeren Friktionen geben. Ob die Frage der taiwanesischen Unabhängigkeit in der Zukunft heftiger diskutiert werden wird, bleibt abzuwarten. Sofern es der KMT gelingt, ihre politischen Reformen in diesem und im nächsten Jahr erfolgreich umzusetzen, könnte dieser oppositionellen Forderung ihre Mobilisierungskraft genommen werden. Erst dann wird zutage treten, wie groß der Anteil derer wirklich ist, die eine eigene Republik Taiwan wollen. Regelmäßig durchgeführte Umfragen weisen diese Gruppe mit ca. 15% an der Gesamtbevölkerung aus, auch wenn solche Zahlen nicht besonders aussagekräftig sein müssen.

Obleich schwer hinter die Kulissen der politischen Szenerie in Peking zu blicken ist, glauben erfahrene Beobachter auf Taiwan zu erkennen, daß gerade

die jüngeren Kader innerhalb der Führungsriege der KPCh das taiwanesisches Modell schätzen. Sie denken pragmatischer und sind vor allem an den ökonomischen Vorteilen einer intensiveren Kooperation interessiert. Sollte sich der Konflikt mit dem Ausscheiden der "alten Garde" weiter entideologisieren, werden die Erfolgsaussichten der Chinapolitik Taipeis wahrscheinlicher.

Kurzfristig ist mit keiner wesentlichen Veränderung des chinesisch-chinesischen Verhältnisses zu rechnen. Peking wird abwarten, wie Taipei die Reformierung seines politischen Systems - insbesondere nach dem Außerkrafttreten der "Vorläufigen Bestimmungen" - gelingt und welche Arbeit die Institutionen des gradualistischen Modells zu leisten imstande sind. Schon mittelfristig könnte sich aber eine wesentliche qualitative Veränderung einstellen, wenn die Kontakte auf der inoffiziellen Ebene eine Vertrauensbasis schaffen, die sie alsbald zur Routine werden läßt. Ob sich damit langfristig auch die chinesische Wiedervereinigung realisieren lassen wird, hängt freilich von weiteren Faktoren ab und richtet den Blick vor allem auf die VR China. Kann sie ihr Modernisierungsprogramm erfolgreich vorantreiben und die sozioökonomische Diskrepanz zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße reduzieren? Gelingt ihr auch ein Maß an politischer Demokratisierung, die sie für Taipei zu einem berechenbaren Faktor der Politik werden läßt? Und letztlich: Bleibt die politische Lage in Taiwan stabil und der Ruf nach Unabhängigkeit in der Defensive?

Diese Fragen werden sich erst in den nächsten Jahren klären. Bleibt daher der Zeitpunkt oder auch nur die konkrete Möglichkeit der chinesischen Wiedervereinigung noch offen, kann man zumindest mittelfristig von einer weiteren Entschärfung des bilateralen Verhältnisses ausgehen. Damit wäre nach Jahrzehnten der militärischen und propagandistischen Konfrontation der Boden für einen Prozeß geschaffen, an dessen Ende sich das deutsche Beispiel wiederholen könnte.

Anmerkungen:

- 1) Am 1. Januar 1991 veröffentlichte der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses der VR China einen "Brief an das taiwanesisches Volk" <gao Taiwan tongbao shu>, in dem diesem versichert wurde, daß nach der erfolgreichen Wiedervereinigung der Status quo und lokale Ansichten berücksichtigt würden. Damit war das Konzept "Ein Land - zwei Systeme" geboren (vgl. "Chung-kung shih-i chieh san chung-ch'üan-hui i-lai chung'-yang shou-yao chiang-hua chi wen-chien hsüan-pien" <Sammlung wichtiger Reden und Dokumente seit dem dritten Plenum des 11. Parteikongresses der KP China>, in: **The Communist China Studies Magazine**, Taipei, 1983). Mit den an Taipei gerichteten "Neun Garantien" <jjudian fan'an> war 1981 der Rahmen des Konzepts umrissen. Der damalige Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses, Ye Jianying, sicherte Taiwan hierin u.a. den Status einer Sonderverwaltungszone, das Recht auf eine eigene Armee sowie einen hohen Grad an Autonomie zu. Seit 1982 findet sich die Sprachregelung "Ein Land - zwei Systeme" in der offiziellen Presse der VR China. Der Text der Hongkonger Erklärung findet sich in **Beijing Review**, Jg. 27, Nr. 40, 1984, S. I-XX. Vgl. auch Chiu, H. D./ Jao, Y. C./ Wu, Y. L., **The future of Hongkong: toward 1997 and beyond**, Westport 1987, S. 181-196.
- 2) Eine Zusammenfassung des damaligen Interviews findet sich in **Qishi niandai** <Die 70er>, August 1983, Hongkong, S. 17-19. Vgl. auch Chao Chien-min, "China's Policy towards Taiwan", in: **Pacific Review**, Jg. 3, Nr. 2, S. 127.
- 3) Aus verschiedenen Reden und Stellungnahmen wird deutlich, daß Peking vor allem an den folgenden Bedingungen festhält, unter denen eine militärische Intervention zur "Befreiung" Taiwans legitim ist:
 - eine Allianz zwischen Taipei und Moskau gegen Peking;
 - die Entwicklung nuklearer Waffen auf Taiwan;
 - die Ausrufung der taiwanesischen Unabhängigkeit;
 - innerstaatliche Unruhen;
 - der fortgesetzte Unwillen Taipeis, über die chinesische Wiedervereinigung zu verhandeln.

- 4) Vgl. Angaben in: *China Yearbook 1990/91*, Taipei.
- 5) Seit 1969 werden sog. "zusätzliche Abgeordnete" < zeng'e daibiao > in begrenzter Zahl gewählt. Dieses Quorum wurde seitdem zwar ständig erhöht, hat den "alten Abgeordneten" < lao daibiao > aber stets die Mehrheit in den Parlamenten gesichert. Vgl. Schubert, G., "Taiwan an der Schwelle der 90er Jahre - Perspektiven für eine stabile Demokratie?", in: *Asien*, Nr. 35, April 1990, S. 26-39.
- 6) Zur Zeit (Frühjahr 1991) wird auf Taiwan über eine zweistufige Verfassungsreform beraten. Demnach soll eine außerordentliche Sitzung der Nationalversammlung im April zunächst die Aufhebung der "Vorläufigen Bestimmungen" sanktionieren und den Weg für vollständige Neuwahlen im Dezember ebnen. Erst danach werden die weiteren Verfassungsreformen beschlossen, da die Parlamentarier dann ein demokratisches Mandat besitzen. Das innenpolitisch strittigste Thema ist dabei die vom höchsten Verfassungsgericht zum 31.12.91 endgültig geforderte - und von der KMT der DFP zugesagte - Pensionierung aller alten Abgeordneten bzw. deren problematische Mitwirkung an den Reformen (vgl. Chiu Hungdah, "The National Affairs Conference and Constitutional Reform in the Republic of China on Taiwan", in: *Issues & Studies*, Jg. 26, Nr. 12, 1990, S. 12-22).
- 7) Die DFP zerfällt hauptsächlich in zwei Fraktionen, die - hinsichtlich der Frage eines geeinten Chinas - gespalten sind. Die gemäßigtere Meilidao < Formosa >-Fraktion akzeptiert dabei im Prinzip die "Ein-China"-Politik, sieht das geeinte China jedoch als Ergebnis eines längeren Integrationsprozesses, an dessen Ende eine chinesische Konföderation < Zhonghua banglian > steht, die die regionale Autonomie Taiwans garantiert. Die "New-Tide" < Xinchao liu >-Fraktion hingegen setzt sich für ein unabhängiges Taiwan ein (vgl. Wu Tung-yeh, *Chung-kuo t'ung-i wen-t'i te cheng-chih han-i* < Politische Implikationen der chinesischen Wiedervereinigung >, unveröffentlichtes Skript zur 11. Chinesisch-Koreanischen Wissenschaftskonferenz, 3.-4. Dezember 1990, Taipei, S. 19).
- 8) Zur Zeit (Stand 1.4.91) gibt es auf Taiwan 61 beim Innenministerium registrierte politische Parteien. Als Oppositionsparteien sind davon neben der DFP nur die Arbeiterpartei < Kung-tang > und die Ende letzten Jahres vom DFP-Abtrünnigen Su Kao-cheng gegründete Sozialdemokratische Partei < Chung-hua she-hui min-chu-tang > von Bedeutung und könnten in der Zukunft an Boden gewinnen.
- 9) Seit November 1988 dürfen Bürger der VR China grundsätzlich dann nach Taiwan einreisen, wenn sie kranke Verwandte besuchen oder an deren Beerdigung teilnehmen wollen. Auch wurden im März 1989 Bestimmungen erlassen, nach denen ehemalige KMT-Soldaten, die die Flucht nach Taiwan nicht geschafft haben, sich mit ihren Verwandten auf der Insel ansiedeln dürfen. Allerdings müssen sie ihre Mitgliedschaft in der KP Chinas aufgeben, sofern sie eine solche besitzen. Nach offiziellen Angaben ist bisher mindestens 450 dieser ehemaligen Parteisoldaten die Einreise erlaubt worden (vgl. *Ta-lu cheng-ts'e yü liang-an kuan-hsi* < Die Politik gegenüber der VR China und die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße >, Vorbereitungskommittee der Konferenz für Nationale Angelegenheiten, Taipei, Juni 1990, S. 4). Seit 1990 dürfen renommierte Wissenschaftler, Künstler und Sportler, Journalisten, in Übersee forschende und studierende Bürger der VR China sowie führende Aktivisten der Demokratiebewegung von 1989 nach Taiwan einreisen. Allerdings gibt es nach wie vor eine genaue Überprüfung der Bewerber für ein Einreisevisum. Am unkompliziertesten ist die Prozedur, wenn eine Einladung Taiwans vorliegt. Nach offiziellen Angaben wurden zwischen Ende 1988 und Juli 1990 151 Einreiseanträge positiv beschieden.
- 10) Das Geschäft mit der VR China machte 1990 einen Anteil von 3,32 Prozent am Gesamthandelsvolumen Taiwans aus, wobei die hauptsächlichlichen Exportartikel synthetische Garne und Stoffe sowie weiterverarbeitete Produkte aus den Bereichen Elektronik, Elektrotechnik und Maschinenbau sind, während vom Festland vor allem landwirtschaftliche und industrielle Rohmaterialien importiert werden (vgl. *Republic of China, Yearbook 1990-1991*, Taipei, S. 202; *China Post*, 4.3.1991). Die Dunkelziffern des bilateralen Handels zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße müssen jedoch weitaus höher veranschlagt werden, weil das Schmuggelgeschäft blüht und von den taiwanesischen Behörden kaum in den Griff zu bekommen ist.
- 11) Nach einer Angabe der General-Handelskammer der Provinz Fukien in Südchina wurden dort im Jahr 1990 ausländische Direktinvestitionen in einer Höhe von 60 Millionen US-Dollar getätigt, wobei allein ein Drittel auf Investoren aus Taiwan entfallen sein soll (*China Post*, 4.3.91). Bezogen auf das gesamtchinesische Territorium, wurde die Grenze zu einer Milliarde US-Dollar über ein Drittel in der VR-China indirekt getätigter Investitionen bereits 1989 überschritten (vgl. Wei Ai, *T'ai-wan liang-an ching-mao kuan-hsi teh fa-chan chi ch'i hsien-chih* < Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße und ihre Beschränkungen >, unveröffentlichtes Skript zur 11. Chinesisch-Koreanischen Wissenschaftskonferenz, 3.-4. Dezember 1990, Taipei, S. 13).

- 12) Lien-ho Pao <United Daily News>, 1. September 1990.
- 13) Die "vier Grundprinzipien" der KP Chinas lauten 1. Festhalten am sozialistischen Weg; 2. Diktatur des Proletariats; 3. absolute Führerschaft der Kommunistischen Partei; 4. Festhalten am Marxismus-Leninismus sowie dem Mao Zedong-Denken.
- 14) Peking beharrt nach wie vor auf seiner "Hallstein-Doktrin", nach der kein Staat, der diplomatische Beziehungen zur VR China unterhält, diese gleichzeitig mit Taipei haben kann. Taiwan hat diese Politik vor einigen Jahren aufgegeben. Unter dem Stichwort "Flexible Diplomatie" <daxing wajiao> ist die Regierung dazu bereit, Peking auf der internationalen Bühne de facto anzuerkennen. Zur Zeit unterhält Taiwan mit 27 Staaten formale diplomatische Beziehungen, wobei die meisten jedoch nur kleine Länder vor allem im pazifischen Raum, in Zentralamerika und in Afrika sind. Die bedeutendsten Partner sind Südafrika und Südkorea. Wichtiger noch als die offiziellen Beziehungen sind für Taiwan jedoch die sog. "substantiellen", inoffiziellen Beziehungen nach dem Muster des Verhältnisses zu den USA seit 1979. Ende 1989 unterhielt die Insel 66 "Repräsentationsbüros" in 43 Nationen. Diese Büros haben in vielen Fällen fast offiziellen Status.
- 15) Lien-ho Pao, 1. September 1990; Chung-kuo shih-pao <China Times>, 27. September 1990.
- 16) China Post, 23. Mai 1990.
- 17) Unter dem Generalsekretariat der KMT gibt es noch immer die traditionelle "Abteilung für Angelegenheiten Festlandchinas", die aber nach übereinstimmender Meinung aller Gesprächspartner des Verfassers heute keine Bedeutung mehr besitzt.
- 18) Zum RNW gehören u.a. Lin Yang-kang, Präsident des Justizyuans; Liang Su-yung, Vorsitzender des Legislativyuans; Chiang Wei-kuo, Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrats, Ying Tzung-wen, Direktor des Militärischen Nachrichtenbüros; Kao Yu-jen, Präsidentenberater und Vorsitzender der "T'ai-shih"-Fernsehgeseellschaft; Chang Ching-yuh, Präsident der Nationalen Chengchi-Universität. Bisher einziger Vertreter der Opposition ist der DFP-Politiker K'ang Ning-hsiang, der allerdings nicht die Zustimmung seiner Partei besitzt, an den Sitzungen des RNW teilzunehmen (vgl. auch Lian-ho Pao, 3. Oktober 1990, S. 1).
- 19) Chung-yang jih-pao <Central Daily News>, 25. Februar 1991.
- 20) Damals scharten sich einflußreiche KMT-Politiker um die mächtige Troika Hau Po-ts'un (damals noch Generalstabschef und heute Premierminister), Lin Yang-kang (Präsident des Justizyuan und im Gespräch, die Nachfolge Lees anzustreben) sowie Lee Huan (dem Vorgänger Haos als Premier). Die spätere Nominierung Haos zum Ministerpräsidenten wurde in Taiwan als Kompromiß zwischen den konservativen und liberaleren Strömungen in der KMT verstanden, der erst die Inauguration Lees sicherte. Dieser Konflikt verdeutlicht gleichzeitig das strukturelle Problem der Auseinandersetzungen zwischen der festlandchinesischen Generation (und ihrer Nachfahren) sowie der einheimischen Taiwanesen innerhalb der KMT, das noch immer aktuell ist.
- 21) Planung, Kultur und Erziehung, Wirtschaft, Rechts- und Zivilsachen, Hongkong/Macao-Angelegenheiten, Liaison (Propagierung der KEAF-Politik) und das Sekretariat.
- 22) Etwa die Hälfte der Direktoren stammt aus Unternehmer- und Managementkreisen. Dies weist klar auf den Druck der Privatwirtschaft hin, für die eine Annäherung beider Seiten von Vorteil ist. Damit wird auch deutlich, daß das Schwergewicht der Arbeit der Stiftung auf der Verbesserung der bilateralen Handelsbeziehungen liegen wird (vgl. Chung-shih wan-pao <China Evening Times>, 10. Februar 1991).
- 23) Sekretariat, Wirtschaft und Handel, Kulturelle Angelegenheiten, Rechtssachen, Tourismus, Allgemeines.
- 24) Zum Zeitpunkt der offiziellen Aufnahme ihrer Arbeit am 11. März 1991 lagen der SAT insgesamt 59 Petitionen vor, die meisten davon rechtstechnische Angelegenheiten betreffend (vgl. Free China Journal, 14. März 1991, S.1).
- 25) Vgl. Chung-yang jih-pao, 6. März 1991.
- 26) China Post, 5. März 1991.
- 27) China Post, 8. Februar 1991.
- 28) Vgl. u.a. Tzu-li zao-pao <Independent Morning Post>, 2. März 1991. Immer wieder wird von Peking die Befürchtung hervorgehoben, Taipei verfestige mit seiner Politik die Teilung der Nation.
- 29) So Ministerpräsident Li Peng in seinem Bericht für die 4. Vollversammlung des Nationalen Volkskongresses in Peking am 20. März 1991 (vgl. Chung-kuo shih-pao, 26. März 1991).
- 30) Vgl. Lian-ho Pao, 26. Januar 1991.